

Was ist eine gute Kommune?



SÄCHSISCHER FÖRDERPREIS
FÜR DEMOKRATIE  2014



Festschrift zur Auszeichnung
des Ortesamtes Dresden Leuben mit dem
Sächsischen Förderpreis 2014


Die Amadeu Antonio Stiftung, die Freudenberg Stiftung,
die Sebastian Cobler Stiftung und die
Stiftung Elemente der Begeisterung verleihen dem

Ortsamt Dresden Leuben
den Sächsischen Förderpreis
für Demokratie 2014

für das außerordentliche Engagement zur Stärkung
einer demokratischen Alltagskultur, für den Schutz von Minderheiten
und der Menschenrechte sowie gegen Ursachen und Folgen von
Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Leipzig, 7. November 2014



Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung,
Freudenberg Stiftung, Sebastian Cobler Stiftung,
Stiftung Elemente der Begeisterung
Redaktion: Elisabeth Schönrock
Gestaltung:  Design

Alle Rechte bleiben bei den AutorInnen und den FotografInnen
© Amadeu Antonio Stiftung, Berlin im Herbst 2014

FREUDENBERG
STIFTUNG



SEBASTIAN
COBLER
STIFTUNG für Bürgerrechte



Elemente der Begeisterung
Wir schaffen Begegnungen.

Was ist eine gute Kommune?

Als wir uns im Kreis der auslobenden Stiftungen und der Jury gefragt haben, woran man eine gute Kommune erkennt, wurden wir uns schnell einig, dass es auf die Verwaltungsspitze ankommt. Der Bürgermeister, die Bürgermeisterin, das müssen starke und überzeugende Demokraten sein, sonst kommen die Menschen, um die es uns bei unserer Arbeit besonders geht, in ihren Kommunen nicht zu ihrem Recht. »Der Fisch stinkt vom Kopf«, das gilt besonders für Verwaltungsapparate. Woran man eine gute Kommunalverwaltung erkennt, ist allerdings nicht so leicht zu beschreiben. Den meisten Menschen fallen erst mal ihre negativen Erfahrungen ein und sie sind verärgert, dass etwas nicht ging, versäumt oder unterlassen wurde. Woran also eine schlechte Kommune erkannt werden kann, können die Leute meist auf Anhieb sagen und reihen dabei Beispiel an Beispiel darüber, wie sie auf Ämtern behandelt wurden, welche seltsamen Wege ihre Anliegen nehmen mussten, um am Ende doch nicht zum Erfolg zu kommen und wie es ihnen ging, wenn einmal eine Frage nicht eindeutig einer Zuständigkeit zuzuordnen war. Schlechte Beispiele sind bei Ratlosigkeit manchmal hilfreich. Eine gute Kommune ist demnach eine, die das Gegenteil von dem macht, was eine schlechte Kommune eben schlecht macht. Zuallererst ist sicher wichtig, dass sich die Mitarbeiter der Kommune in Politik und Verwaltung darüber im Klaren sind, wer für wen da ist. Nicht die Bürger für die Kommune, sondern umgekehrt. Eine gute Kommune geht aber darüber hinaus; sie sieht die Bürger als Partner. Und zwar alle, die dort leben, also auch Einwanderer oder Flüchtlinge. Es reicht nicht, dass Bürger in diesem Sinne sich nicht als Bittsteller fühlen müssen. Sie sollten aktiv einbezogen werden. Für alle, also für Kinder, Jugendliche, Alte, Berufstätige, Arbeitslose und Flüchtlinge können Formen gefunden werden, sich am Gemeinwesen zu beteiligen. Anstatt zu bevormunden, selbst wenn es »gut gemeint« ist, unterstützen gute Kommunen die Eigeninitiative der Bürger wo immer es geht. Auch das gilt ebenso für Flüchtlinge und selbstverständlich schützen gute Kommunen ihre Bürger, ganz gleich ob sie dem Mainstream angehören oder einer Minderheit. Das sagt sich leicht, doch dort wo es in der Gesellschaft auch solche gibt, die die Gleichwertigkeit aller Menschen bestreiten, ist dieser Schutz oft nicht selbstverständlich. Eine gute Kommune lässt sich da aber nicht irritieren, sondern stellt sich als Verwaltung vor die Bedroh-

ten und fordert die Bürger auf, es ihr gleichzutun. In einer guten Kommune gibt es Konflikte, nur eine ganz schlechte verleugnet Widersprüche. Eine gute Kommune ist also kurz gesagt eine Verwaltung von Bürgern für Bürger, die sich sowohl professionell als auch sensibel im Umgang mit ihren Schwächsten zeigt und jeden einbezieht, jeden ernst nimmt und für alle die bestmögliche Problemlösung anstrebt. Eine gute Kommune ist, wohin wir gern gehen, weil sich jeder des Respekts und des Schutzes der demokratischen Institutionen sicher sein kann. Das ist selbstverständlich meinen Sie? Wir meinen, dass es nur wenige gibt, die wirklich gute Kommunen sind. Ganz sicher zählt dazu das Ortsamt Dresden Leuben. Ein Grund für uns, es 2014 mit dem Sächsischen Förderpreis für Demokratie auszuzeichnen.



Kommune Dresden Laubegast/Leuben

Keine Kommune gibt gern zu, ein Nazi-Problem zu haben. Nicht öffentlich, manchmal nicht einmal gegenüber sich selbst. Was soll das überhaupt sein, ein Nazi-Problem? Wenn Akteure im Stadtteil allerdings feststellen müssen, dass »das« nicht mehr »weggeht«, ist es hilfreich, die Situation zu analysieren und Strategien zu überlegen. In der Kommune Dresden-Laubegast funktionierte dies beispielhaft gut: Denn die, die aufmerksam wurden auf rechtsextremes Leben im bürgerlichen Stadtteil, saßen nicht nur außerhalb des Rathauses, sondern auch darin.

Von Simone Rafael

Ja, da waren diese Jugendlichen. Sie trafen sich auf einem Spielplatz, dem »Holzi«, gelegen in einem pittoresken Stadtteil von Dresden, in Laubegast. Es gab Hakenkreuzschmierereien. Einige der Jugendlichen lebten hier. »Das kannte man aus anderen Stadtteilen«, sagt Jörg Lämmerhirt, Ortsamtsleiter von Leuben und Prohlis, »das wirkte wie Dumme-Jungen-Streiche. Wir dachten, das geht wieder weg.«

Wann wird die Anwesenheit von Neonazis zum Problem? In Laubegast, einem bürgerlich geprägten Stadtteil mit schöner, historischer Bausubstanz an der Elbe, war es für Experten und Betroffene 2009 soweit. Die jugendlichen Neonazis trafen sich nicht nur auf dem Spielplatz, sie hielten dort ideologische Schulungen und Argumentationstrainings ab. Die Schmierereien und Aufkleber im Bezirk, die die Aufgabe haben, ein Revier zu markieren, nahmen massiv zu. Es kam zu Übergriffen auf Jugendliche, dann zu Anschlägen auf das Jugendhaus Chilli.

Im Jugendhaus, das vom CVJM betrieben wird, versuchten derweil die Sozialpädagogen, für alle Jugendlichen aus dem Stadtteil Angebote zu machen, die zu ihnen kamen. Nur waren dies zunehmend rechtsextreme Jugendliche. »Ein halbes Jahr lang haben wir versucht, auch mit ihnen zu arbeiten«, sagt Cornelia Hartmann vom Chilli, »dann wurde uns klar: Die ziehen alle nicht-rechten Jugendlichen, die noch zu uns kommen, auf ihre Seite. Uns behandel-

ten sie respektlos.« Schließlich kam es zu massiven Bedrohungen der Sozialpädagogen durch die Neonazis. Hartmann wandte sich Hilfe suchend an ihr Ortsamt.

Einfallsreiches Verwaltungshandeln

Dort saßen Ortsamtsleiter Jörg Lämmerhirt und sein Stellvertreter Roberto Bäcker und hörten ihr zu. Was kann ein Ortsamt gegen eine Gruppe Neonazis auf einem Spielplatz tun? Gar nicht wenig: Es kann etwa die Polizei anregen, öfter als bisher vorbeizuschauen und mehr auf strafbare Graffitis zu achten, diese zu erfassen und zur Anzeige zu bringen. Es kann mit dem Grünflächen-



amt sprechen, um den Nazi-Treffpunkt etwas weniger ansprechend zu gestalten – in diesem Fall wurden etwa Sichtschutzwände entfernt, hinter denen die Nazis es sich gemütlich gemacht hatten. Es kann mit Ladenbesitzern sprechen, die Nazi-Schmierereien an ihrer Fassade gar nicht erst entfernen wollen, weil sie denken, dass die Freiflächen eh wieder vollgeschmiert werden, und ihnen erklären, warum es trotzdem wichtig ist, solche Zeichensetzungen nicht stehen zu lassen – damit die Nazis sich weniger wohlfühlen im Stadtteil. Lämmerhirt und seine Kollegen taten allerdings noch mehr. »Mir war immer klar, dass die Nazis nur eine kleine Minderheit im Stadtteil sind. Deshalb war meine Vision ein Bürgernetzwerk, das sich den Nazis entgegenstellt, von Bürgern für Bürger«, sagt Jörg Lämmerhirt und resümiert heute: »Die Vision ist Wirklichkeit geworden.«

Verwaltung trifft Zivilgesellschaft – von gleichwertiger Zusammenarbeit

Das Bürgernetzwerk heißt »Laubegast ist bunt«, trifft sich seit vier Jahren einmal im Monat im Jugendhaus Chilli und überlegt neue Aktionen gegen Neonazis und für Demokratie in Laubegast. Teilnehmer der Runde sind vor allem engagierte Einzelpersonen, aber auch Vertreter des Ortsamtes, der Polizei, des Jugendamtes, der Vereine, der Kirchengemeinde und anderer Institutionen, die in einer Kommune Öffentlichkeit gestalten. Ortsamtsleiter Lämmerhirt sagt: »Die Zusammenarbeit klappt, weil es keine Berührungsgängste gibt, aber auch, weil jeder seine eigenen Grenzen aufzeigt und das von allen akzeptiert wird.« Claus Dethleffs, Koordinator von »Laubegast ist bunt«, sagt: »Es ist sehr hilfreich, den Ortsamtsleiter mit an Bord zu haben. So lassen sich viele Dinge leichter realisieren.«

Anfangs hatte »Laubegast ist bunt«, dass damals noch »Vitae Laubegast« hieß, ein Problem, das viele Initiativen kennen: Sie versuchten, die Bedrohung der Neonazis auch für die nicht direkt Betroffenen Laubegaster sichtbar zu machen. Die Initiative stellte mit Schülern und Schülerinnen der Mittelschule eine Ausstellung der Nazi-Schmierereien und Aufkleber im Stadtteil zusammen. Die Argumente der Neonazis auf diesen Aufklebern wurden inhaltlich auseinander genommen und das Problem erläutert. Gezeigt wurde sie nicht nur im Jugendzentrum und in der Schule, sondern etwa auch im Bürgersaal des Ortsamtes. Solche Amtshilfen prägen die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Kommune in Laubegast: Ist eine Plakataktion geplant, küm-



mert sich das Ortsamt um die bürokratische Seite und besorgt Genehmigungen für die Aufhängung. Wird ein Saal gebraucht, stellt das Ortsamt ihn zur Verfügung. Jörg Lämmerhirt nennt das: »Jeder bringt ins Netzwerk ein, was er am besten kann.« Verwaltung kann bei Verwaltungsfragen helfen. Für Lämmerhirt gehört auch dazu, zivilgesellschaftliche Initiativen über Fördermöglichkeiten zu beraten. »Die Stadt Dresden hat das Lokale Handlungsprogramm für Toleranz und Demokratie aufgelegt, wofür ich sehr dankbar bin«, sagt Lämmerhirt. Er bleibt gern im Hintergrund und hilft, demokratische Strukturen zu stärken.

Im Stadtteil aktiv

In der Öffentlichkeit ist dafür »Laubegast ist bunt« aktiv, beteiligt sich intensiv an allen Stadtteilaktivitäten wie dem »Inselfest«, dem »Laubegaster Adventskalender« oder der »Langen Nacht« der Gewerbetreibenden. Dafür ist viel Überzeugungsarbeit nötig. »Anfangs hieß es oft: Ihr redet das Nazi-Problem doch herbei«, erzählt Claus Dethleffs. Die Veranstalter hatten Angst vor Ärger mit den Neonazis, wollten sich unpolitisch geben, waren manchmal auch Teil des Problems. In Laubegast wählten bei der Landtagswahl 2009 rund 5,1 Prozent die NPD, 2014 rund 8 Prozent die AfD, 3,5 Prozent die NPD. Schließlich konnten die Aktiven des Netzwerks allerdings überzeugen, mit beharrlicher, faktenorientierter Argumentation. Möglich war die intensive Netzwerkarbeit, weil es inzwischen eine über das Handlungsprogramm finanzierte »Koordinierungsstelle« beim Träger CVJM gab. Aktionen wie Theaterprojekte, Stolpersteinverlegungen und Plakatwettbewerbe wurden und werden aber in den ehrenamtlichen Interessengruppen des Bündnisses geplant und umgesetzt.

Konsequent Haltung zeigen

Nicht nur das Bürgerbündnis, auch das Ortsamt beschäftigte derweil die Frage, warum es rechtsextreme Bestrebungen gibt in einem Stadtteil, der keine sozialen Probleme hat, in dem das Bildungsbürgertum zu Hause ist – und in dem trotzdem die Wahlergebnisse von NPD und AfD über dem Dresdener Durchschnitt liegen. Lämmerhirt sagt, einige Köpfe der rechtsextremen Szene wohnten hier und im benachbarten Leuben. Sie versuchten deshalb, Leerstellen im öffentlichen Raum zu besetzen, die entstanden sind, als die Straßensozialarbeit in Dresden abgeschafft wurde und die Polizeiwache in Leuben geschlossen. Er hat beobachtet, wie die Nazis versuchen, öffentlichen Raum für sich zu besetzen – und wie die Anwohner abstumpfen, wenn sie jeden Tag Nazi-Schmierereien sehen oder Nazi-Treffen erleben. Im Jahr 2011 gibt er ein Zeitungsinterview. Plötzlich geht es um rechtsextreme Aktivitäten in Laubegast. Lämmerhirt weicht nicht aus, sondern macht seine Beobachtungen öffentlich. »Ich finde, ein Kommune sollte offen mit dem Thema Rechtsextremismus umgehen, Transparenz und Sachargumente sind sehr wichtig«, sagt Lämmerhirt, »nach dem Interview haben viele gesagt, ihnen sei die Tragweite des Problems nicht bewusst gewesen. Einige waren bewegt, dass der Rechtsextremismus so offen und ehrlich benannt wurde.«



Gleichzeitig ist ihm wichtig, klar zu machen, dass die Rechtsextremen nur eine Minderheit sind, und dass die Nazi-Aktivitäten ein Problem sind, das die Mehrheit lösen kann – mit einer guten, starken Zivilgesellschaft, mit Austausch, Vernetzung, guten Rahmenbedingungen und überlegten Aktionen. Hier sieht er auch seine Aufgabe als Verwaltung: Beraten über Gesetzmäßigkeiten, Hilfestellungen geben, ehrenamtliches Engagement fördern, Erfahrungsaustausch organisieren oder auch zu moderieren. Mit dem Neutralitätsgebot seines Amtes sieht er das als gut vereinbar an: »Ich arbeite für eine demokratische Gesellschaft, der ich so helfen kann, sich gegen Menschen zu wehren, die sie bedrohen.« Allerdings legt er großen Wert darauf, dabei parteipolitisch neutral zu bleiben. Im Bündnis wirbt er dafür um Verständnis und findet es auch. »Zur Landtagswahl 2014 haben wir einen Plakatwettbewerb gemacht, und hätten es natürlich gern gesehen, dass das antirassistische Siegerplakat im Wahlkampf unter NPD- und AfD-Plakaten platziert wird«, erzählt Claus Dethleffs von »Laubegast ist bunt«. Doch das Ortsamt wies darauf hin, dass im Wahlkampf nur parteipolitische Plakate gehängt werden dürfen – organisierte dafür aber den Aushang in den drei Wochen davor.

Ein Erfolgsmodell, das wirkt und ausstrahlt

Der Erfolg der gemeinsamen Arbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft ist in Laubegast deutlich spürbar: Die Neonazis haben sich zurückgezogen. Das Bewusstsein für die Thematik ist deutlich gestiegen. Wenn es Vorfälle wie Schmierereien gibt, werden sie schnell gemeldet – und nicht mehr nur von beruflich Engagierten oder der Polizei. Wenn es neue Herausforderungen für die Zivilgesellschaft des Stadtteils gibt, existiert ein Netzwerk engagierter Demokraten und Demokratinnen, das gemeinsam Lösungen überlegen kann.

Das Prinzip des Bürgernetzwerks hat Lämmerhirt inzwischen exportiert: Er ist auch Ortsamtsleiter für Leuben, einem sozialen Brennpunkt-Bezirk mit aktiver Nazi-Szene und Flüchtlingsheim, und Prohlis, wo im Juni der rechts-extreme »Tag der Deutschen Zukunft« stattfinden sollte. In Leuben hat das Ortsamt 2013 potenzielle Partner zur Vernetzung eingeladen: Schulen, Kindergärten, Jugendtreffs, Polizei, die Betreiber des Behindertenheims, die Kirchengemeinde und die Wohnungsbaugesellschaften. Hier entstand das Netzwerk »Leuben ist bunt«, das das Thema Flüchtlinge, Willkommenskultur und neonazistische Propaganda als besonders dringlich ansieht und bearbeitet. Das Ortsamt begleitet und hilft, Ideen umzusetzen: Etwa, gemeinnützige Arbeit für Flüchtlinge möglich zu machen. »Ich habe die Flüchtlinge natürlich auch besucht«, sagt Lämmerhirt, »und traf einen jungen Mann, der mir sagte: Ich möchte so gern Deutsch lernen, aber weil es nicht genug öffentliche Kurse gibt, werde ich mein wenig Geld nehmen und zur Volkshochschule gehen und einen Kurs bezahlen. Das hat mich sehr berührt und ich dachte: Das ist doch nicht seine, das ist unsere Aufgabe!« Nun gibt es ehrenamtliche Deutsch-



Ortsamtsleiter Jörg Lämmerhirt



Stolpersteine-Verlegung des Bürgernetzwerkes »Laubegast ist bunt« am 5. 12. 2014

kurse für Anfänger und Fortgeschrittene im Bürgersaal des Rathauses Leuben. Auch in Prohlis hat ein entsprechendes Bündnis seine Arbeit aufgenommen.

Vorbildliches Engagement vor neuen Aufgaben

Das Kulturbüro Sachsen hat die Prozesse in Dresden Laubegast, Leuben und Prohlis beratend begleitet und sieht das Netzwerk aus Bürgern, Kommune und Institutionen ebenso so positiv wie es »Laubegast ist bunt« und das Ortsamt selbst tun. »Hier kann man vorbildlich sehen, was möglich ist, wenn die verschiedenen Ebenen der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten«, sagt Markus Kemper vom Kulturbüro, »Bürgernetzwerk und Verwaltung sind füreinander ansprechbar, alle profitieren davon.« Die Kommune hat die Arbeit gegen Rechtsextremismus angeregt und begleitet sie – doch wenn die Netzwerke funktionieren, ziehen sich die Verwaltungsmitarbeiter gern zurück, um den Bürgerinnen und Bürgern den Freiraum für ihr Engagement zu geben, den sie brauchen. Die Demokratinnen und Demokraten kennen ihre Ansprechpartner im Rathaus und wissen um deren Möglichkeiten und Beschränkungen. Die Verwaltungsmitarbeiter wissen andersrum, dass es Kreise engagierter Bürger gibt, die helfen und Ideen haben, wenn es wieder einen Vorfall gibt.

SÄCHSISCHER FÖRDERPREIS FÜR DEMOKRATIE 2014

Ortsamtsleiter Jörg Lämmerhirt betont, dass seine Arbeit nur möglich ist, weil die Stadt Dresden die Möglichkeiten geschaffen hat, Engagement gegen Rechtsextremismus zu fördern und zu stärken. Das Kulturbüro Sachsen, das viele Kommunen bei der Arbeit gegen Rechtsextremismus unterstützt, sieht aber doch einen entscheidenden Unterschied in Dresden-Laubegast. »Der Ortsamtsleiter, sein Stellvertreter und die Mitarbeiter haben das Engagement für Demokratie zur Chefsache gemacht«, sagt Markus Kemper, »und das hat eine enorme Wirkung, nach innen und außen.« Das Engagement ist ehrlich, ernst gemeint, persönlich und langfristig – und korrespondiert mit der ebenso dauerhaften und erfolgreichen Arbeit des Bürgerbündnisses. Auch wenn die Neonazis in Laubegast kein Thema mehr sind – demnächst wird die Aufnahme von Flüchtlingen auf den Stadtteil zukommen. Das Ortsamt braucht dann Unterstützung beim Aufbau einer lokalen Willkommenskultur. Die Mitglieder von »Laubegast ist bunt« freuen sich schon, ein neues Feld für demokratie-stärkende Aktivitäten zu bearbeiten.



Seit 2007 zeichnet der Sächsische Förderpreis für Demokratie herausragendes Engagement von Initiativen und Kommunen aus, die sich für Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus einsetzen und die demokratische Kultur in Sachsen täglich bereichern und fördern.

Eine Jury aus Vertreterinnen und Vertretern der auslobenden Stiftungen sowie weiteren Persönlichkeiten aus Kultur, Medien und Wissenschaft ermittelt aus allen Bewerbungen die Preistragenden. Bisher wurden 68 gute Praxisbeispiele von Projekten aus der Zivilgesellschaft nominiert, sowie 18 innovative Ansätze mit dem Hauptpreis ausgezeichnet. 2014 ehrt der Preis erstmals ermutigendes Engagement von Kommunen und Verwaltungen.

Namhafte Laudatoren und Laudatorinnen würdigen deren Engagement im Rahmen der Preisverleihung. Dazu zählten neben Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auch Gesine Schwan, Heribert Prantl, Wolfgang Thierse, Stephan-Andreas Casdorff, Sonia Mickich und Petra Lidschreiber.

Ausgelobt wird der Preis von der Amadeu Antonio Stiftung, der Freudenberg Stiftung, der Sebastian Cobler Stiftung und der Stiftung Elemente der Begeisterung.

www.demokratiepreis-sachsen.de



